

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

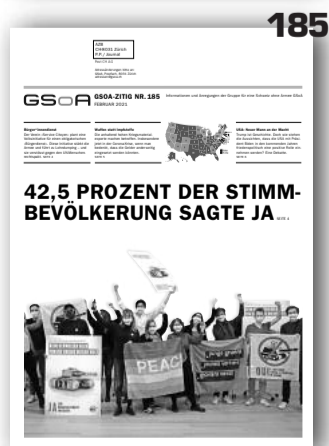
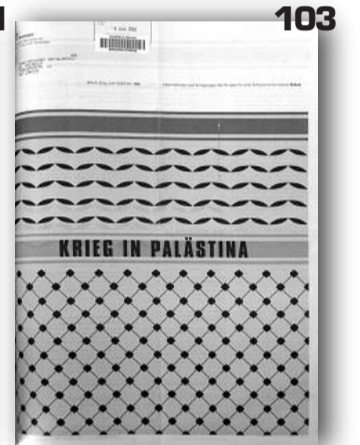
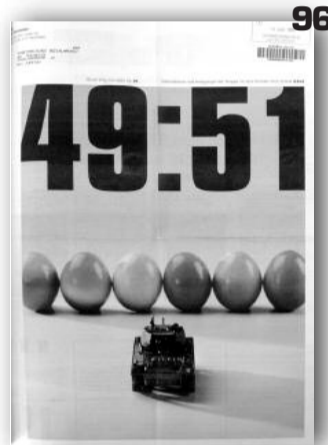
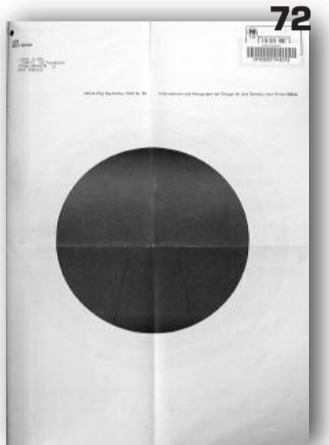
Post CH AG

Adressänderungen bitte an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsa.ch

GSoA GSOA-ZITIG NR. 200

NOVEMBER 2024

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA



Liebe Leser*innen

7 CHF oder doch eher 4.50 CHF? Wieviel darf denn deine Unterschrift kosten? Vor zwei Monaten waren bezahlte Unterschriftensammler*innen plötzlich in aller Munde. Ausgerechnet jetzt. Denn seit Anfang Juli sammeln wir bekanntlich wieder Unterschriften für unsere Atomwaffenverbots-Initiative. Ob dieser Unterschriften-Skandal eine Auswirkung auf uns und unsere 100% freiwillige Sammelarbeit hat? Jein.

Ja, weil das Vertrauen teilweise erschüttert ist. Das muss man wohl so feststellen. Da unseren Aktivist*innen das «Ich sammle unbezahlt» nicht auf der Stirn abzulesen ist, müssen wir jeweils im Einzelgespräch beteuern, dass wir wirklich mit purem Herzblut hinter der Sache stehen. Zum guten Glück – so muss man relativieren – sind solche Gespräche Einzelfälle.

Nein, weil sich für uns im Grundsatz nichts ändert. Denn wir sammeln seit Tag 1 unbezahlt und freiwillig und hatten nie vor, uns bezahlen zu lassen, geschweige denn eine Firma zu beauftragen.

Somit können wir uns wieder dem Inhalt unserer Arbeit zuwenden, denn diese geht uns nicht aus. Wir berichten in dieser Ausgabe über die erwähnte Sammelphase (S. 2), liefern spannende Texte zum Thema Atomwaffen (S. 3), schreiben von unserer Anti-Aufrüstungskampagne (S. 2) oder lassen internationalen Konflikten den Raum (S. 7). Und als wäre da nicht schon genug spannendes Lesefutter, erzählt uns GSoA-Gründungsmitglied Andi Gross zur 200. Zitigs-Ausgabe von den ersten Schritten jener Zeitschrift, die ihr nun in den Händen haltet (S. 2).

Ich wünsche eine gute Lektüre – auf weitere 200 Ausgaben.

Joris Fricker
für das Redaktionsteam

Impressum

Redaktionsteam: Andreas Weibel, Fabio Briante, Joris Fricker, Josef Lang, Jonas Heeb, Lukas Bürgi, Marco Piffaretti, Martin Parpan, Nadia Magnin, Oger, Pauline Schneider, Roxane Steiger, Timothy Oesch, Noemi Buzzi

Cartoons: Oger | **Gestaltung:** Regula Meili | **Übersetzung:** Catherine Jost | **Druck:** ROPRESS Zürich | **Auflage:** 17'500, mindestens viermal jährlich | **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.–/Nichtverdienende Fr. 50.–** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– PC-Konto: PC 40-37315-5 | **Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

Leser*innenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen der Creative Commons-Lizenz CC BY-ND-NC 4.0. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

UNTERSCHRIFTEN-SKANDAL

Das Atomwaffenverbot sammelt sich freiwillig!

Im September sorgten mutmasslich gefälschte Unterschriften von bezahlten Sammler*innen für Schlagzeilen. Die Atomwaffenverbots-Initiative ist davon nicht betroffen. JONAS HEEB

Ob die Anstellung bezahlter Sammler*innen an sich legitim ist, sei hier mal dahingestellt. Dass die Vorgehensweise von mehreren schweizerischen Agenturen, die für Initiativkomitees Unterschriften gegen Bezahlung sammeln, völlig daneben ist, dürfte weitestgehend Konsens sein. Nachdem der Skandal publik wurde, gerieten sämtliche sich in der Sammelphase befindenden Initiativen unter Generalverdacht. Das kann man dem Stimmvolk nicht verübeln, bedeutet dies doch ein ziemlicher Vertrauensverlust in die Institutionen der direkten Demokratie. Leider trug auch die dafür zuständige Bundeskanzlei mit ihrem Schweigen nicht dazu bei, diesen Vertrauensverlust zu mildern.

Wir stellen klar: Die Atomwaffenverbots-Initiative, an der sich die GSoA massgebend beteiligt, hat keine bezahlten Sammler*innen angestellt. Sämtliche Unterschriften werden auf freiwilliger Basis gesammelt. Dazu gehören freilich auch Versände durch Organisationen, die der Allianz für ein Atomwaffenverbot angehören.

JETZT UNTERSCHREIBEN!

Stand Oktober 2024 sind bereit über 23'000 Unterschriften für die Atomwaffenverbots-Initiative zusammengekommen. Da die warmen Monate vorbei sind, müssen wir aber um so mehr dranbleiben. Wenn ihr die Initiative noch

nicht unterschrieben habt, tut dies auf der Webseite der Initiative (siehe QR-Code) oder kontaktiert die Allianz für die Bestellung von Unterschriftenbögen. Da wir nicht für Unterschriften bezahlen, sind wir auf freiwillige Helfer*innen angewiesen. Hilfst Du uns dabei, für die Initiative für ein Atomwaffenverbot zu sammeln? Dann trage Dich für einen Sammelanlass in deiner Nähe ein! Weitere Infos findest du ebenfalls auf der untenstehenden Webseite – danke für deine Unterstützung!



AUFRUF GEGEN AUFRÜSTUNG

«Seid ihr besoffen?» – Für eine nüchterne Bedrohungsanalyse!

In der Herbstsession haben wir unseren Aufruf gegen Aufrüstung lanciert. Inzwischen haben diesen über 2600 Personen unterzeichnet – auch weil wir mit einer unkonventionellen Aktion Aufmerksamkeit erregten. JORIS FRICKER

Das Online-Medium «Nau» titelte vor Kurzem: «GSoA-Steiger: «Aktuelle Aufrüstung ist unerklärlich». Dies weil endlich mal wieder eine GSoA-Sekretär*in (Roxane Steiger) in den Ring der SRF-Arena steigen durfte. Es war höchste Zeit, dass wir als grösste friedenspolitische Bewegung der Schweiz zu Wort kommen konnten. Unsere Forderung nach einer nüchternen Bedrohungsanalyse verfangt im aktuellen Aufrüstungsdiskurs immer mehr.

TRACHTENVEREIN UND ALKOHOLFREIES BIER

Die Debatte zur Armeebotschaft im Nationalrat verlief hitzig. Wie Nationalrat Fabian Molina richtig konstatierte: Der bürgerlichen Aufrüstungsallianz geht es dabei nicht um unsere Sicherheit, sondern um den Trachtenverein Armee als Institution. Von einer rationalen Debatte kann angesichts der aktuellen Aufrüs-

tungshektik nicht die Rede sein. Die Erzählung leuchtet ein. Wie kann es sein, dass ein Land in angeblicher Finanznot Milliarden für eine Institution locker macht, die keine der heutigen Bedrohungen auch nur annähernd adäquat bewältigen kann? Es sei ein weiteres Mal erwähnt, dass sogar der Bundesrat in seinem neuesten Bericht die Gefahr eines konventionellen Krieges auf Schweizer Boden als gering einschätzt. Genau deshalb sagen wir: «Wir brauchen eine nüchterne Bedrohungsanalyse.» Dies wollten wir auch den Bundesparlamentarier*innen vor der Debatte zur Armeebotschaft in Erinnerung rufen und drückten ihnen ein alkoholfreies Bier mit folgender Beschriftung in die Hand: «Seid ihr besoffen? Wir brauchen eine nüchterne Bedrohungsanalyse» (siehe Bild). Doch der Entscheid fiel zu unseren Ungunsten aus – der Nationalrat will das Armeebudget auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit verdoppeln.

20 Minuten berichtete von unserer Aktion und etliche (mehrheitlich linke) Parlamentarier*innen teilten ebendiese in den Sozialen Medien und übernahmen damit unsere Erzählung, dass die Bürgerlichen in Bundesbern alles andere als nüchtern handeln. Seien wir doch ehrlich: Wer allen Ernstes meint, mehr Geld für eine militärische Institution und weniger für die Konflikt- und Gewaltprävention, brächte Sicherheit, der muss doch ziemlich besoffen sein. In diesem Sinne empfehlen wir erneut, unsere Website unsinnig.ch zu besuchen und zu teilen.



VON GSOA-MITBEGRÜNDER ANDI GROSS

Zur 200. Ausgabe der GSoA-Zitig

Die erste Ausgabe der **GSoA-Zitig** im März 1986 – vor sage und schreibe 40 Jahren, vor gleichsam zwei Generationen – trug die Nummer 11, nicht die Nummer 1. Denn der **GSoA-Zitig** gingen zehn «GSoA-Info» voraus, farbige A5-Hefte über unsere ersten gemeinsamen Erfahrungen und Projekte während der vier ersten GSoA-Jahre. Und die Nummer 14 der **GSoA-Zitig** war sogar ein 400-seitiges «Extra-Info-14-Jahrbuch-1986» mit Hunderten von Zeugnissen aus dem «Jahr des Friedens».

Damals schafften die 112'941 Unterzeichner*innen für eine armeefreie Schweiz mit umfassender Friedenspolitik einen Blick auf eine andere Schweiz in einer wirklich neuen gewendeten Zeit, welche die offizielle Schweiz sich nie hatte vorstellen können: Einen Blick auf eine Schweiz ohne Armee! Denn für den Bun-

desrat hatte die Schweiz nicht nur eine Armee, sie war für ihn vielmehr sogar eine. Da kann es Menschen, die gar über die Armee hinaus eine andere Schweiz erkennen und anstreben wollen, ja gar nicht geben.

Dass dies bis heute anders geworden und trotz neuen gewaltsamen Imperialisten so geblieben ist, spricht für einen enormen Fortschritt. Dass heute kein einziger der Bundeshausinsassen die vielfältige Schweiz auf eine einfältige Armee reduzieren würde, gehört auch zu unseren Verdiensten. Auch dass sich der Wunsch des NZZ-Redaktions-Generals, die Schweiz möge sich doch zu Ehren der «Zeitenwende» auch wieder «militarisieren» so verflüchtigt hat wie der alte Stumpenrauch aus unseren noch älteren Beizen, spricht für die Nachhaltigkeit unserer politischen Arbeit.

Selbstbewusst heisst es auf der Frontseite der ersten **GSoA-Zitig** unter dem fetten, selbstbewussten GSoA-Logo des Zürcher Sozialdemokraten und Polit-Graphik-Profi Bruno Kammerer: «Auf das Tun und sein Gelingen verweist letzthin jedes richtig Gedachte, eigentlich Wahre» – eine Erkenntnis des grossen Philosophen der Utopie und der Hoffnung Ernst Bloch (1885-1977). Die **GSoA-Zitig** wollte immer der Ort sein, an dem wir alle zusammen denken und diskutieren und so uns dem neuen Wahren handelnd annähern können. Diese gemeinsame Anstrengung verschafft uns auch die innere Stärke und den solidarischen Zusammenhang, angesichts der wieder erstarkten Gegenwinde nicht umzufallen und unterzugehen. Ich wünsche der **GSoA-Gemeinschaft**, dass ihr dies auch in den kommenden 40 Jahren gelingt, und dass sie dies in der **GSoA-Zitig Nummer 400** auch einmal wieder zum Ausdruck bringen werden kann.

ANTI-ATOMBEWEGUNG

Die Bewegung gegen die atomare Bewaffnung der Schweiz

Um die Pläne gegen die atomare Aufrüstung der Schweiz zu verhindern, bildete sich 1958 eine breite Friedensbewegung. Sie lancierte die Volksinitiative für ein Verbot von Atomwaffen, führte Protestaktionen durch und begründete die Tradition der Ostermärsche. JOSEF LANG

Unter der Ägide der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG) verfolgten der Bundesrat und die Armeeführung seit 1957 das Ziel, die Schweizer Armee auch nuklear aufzurüsten. 1962 erklärte die SOG, «dass niemand ohne Befürwortung der Atomwaffe positiv zur Landesverteidigung eingestellt sein könne». Organisiert wurde die Kampagne für die atomare Bewaffnung der Schweiz von der Werbeagentur des Generalstabsobersten Rudolf Farner.

BUNDESRAT VERBIETET KONGRESS

Gegen die von allen bürgerlichen Parteien geforderten Atombomben bildete sich im Mai 1958 die Schweizerische Bewegung gegen atomare Aufrüstung (SBgaA). Ihr charismatischer Kopf war der antistalinistische Linksozialist Heinrich Buchbinder. Er stand mit seiner kleinen Gruppe, die sich Sozialistischer Arbeiterbund (SAB) nannte, in engem Kontakt mit der britischen «Campaign for Nuclear Disarmament» (CND). Sie hatte 1958 den ersten Ostermarsch organisiert, eine Idee, die anschliessend in vielen Ländern aufgenommen wurde. Buchbinder spielte auch eine Schlüsselrolle bei der Accra-Assembly, die den globalen Süden in den Kampf gegen die atomare Bewaffnung einband.

Die internationalen Kontakte der SAB ermöglichten die Einladung des britischen Philo-

sophen Bertrand Russel nach Basel zu einem «Europäischen Kongress gegen die atomare Aufrüstung». Allerdings wurde die Veranstaltung, für die auch der Physiknobelpreisträger Max Born oder der Schriftsteller Erich Kästner zugesagt hatten, am 1. Juli 1958 durch den Bundesrat verboten. Dabei stellte er Buchbinder an den Pranger. Zwei Jahre später untersagte die Zürcher Polizei der SBgaA-Jugend das Aufstellen von Tafeln anlässlich ihrer Hiroshima-Mahnwache. Diese verteilte darauf folgend 20'000 Flugblätter: «Zürcher Polizei verbietet, an den Atombombenabwurf zu erinnern.» Im Februar 1960 und im Herbst 1961 gab es Protestaktionen gegen französische und sowjetische Atomwaffenversuche. An der Bewegung beteiligt waren auch der Schweizerische Friedensrat und die Internationale der Kriegsdienstgegner (IDK).

VOLKSINITIATIVE FÜR ATOMWAFFENVERBOT

Das Hauptengagement der SBgaA galt der am 18. Mai 1958 von 140 Anwesenden beschlossenen Volksinitiative für ein Verbot von Atomwaffen. Bewusst draussen gehalten wurde dabei die moskautreue PdA, «weil ihre Haltung ausschliesslich gegen die atomare Aufrüstung des Westens gerichtet ist». Die Tatsache, dass etwa

ein Drittel der Initianten der SP-Linken angehörte, provozierte am 9. Juni 1958 eine knallharte Reaktion der Parteirechten. Sie wandte sich insbesondere gegen den «Versuch, die Frage der Bewaffnung zum Gegenstand gefühlsmässig unterbauter politischer Feldzüge zu machen.» Die NZZ jubelte deren «Erklärung der 36» gar «zu den bedeutendsten Dokumenten der Linken in der Nachkriegszeit» hoch. Der SPS-Parteitag vom 4./5. Oktober 1958 wurde laut dem Parteipräsidenten Walther Bringolf zu «einem der leidenschaftlichsten». Nachdem er mit 381:294 Stimmen die Atomverbotsinitiative abgelehnt hatte, beschloss er die Lancierung eines Volksbegehrens für das «Entscheidungsrecht des Volkes». Bringolf hatte es vorgeschlagen, um eine

Parteisplaltung zu verhindern. Der religiös-sozialistische Pfarrer Willi Kobe sprach von einem schädlichen «Spaltungsmanöver».

Die Verbotsinitiative kam am 1. April 1962 auf 35 Prozent, die SP-Initiative am 26. Mai 1963 auf 38 Prozent. Jeweils Ja gestimmt hatten die Kantone Tessin, Genf, Waadt, Neuenburg, bei der zweiten zusätzlich Basel-Stadt. Nach der Atomwaffenverbots-Abstimmung ging die Bewegung weiter. So wurde 1963 der erste Ostermarsch von Genf nach Lausanne durchgeführt. Ab 1966 begannen die Verweigerer-Zahlen zu steigen. Die Bewegung gegen Atomwaffen war die Ankündigung des 1968er Aufbruchs. 1969 unterzeichnete die Schweiz den Atomwaffen-sperrvertrag.



Heinrich Buchbinder (im helleren Anzug) am 1. Mai 1962 in Zürich
Schweizerisches Sozialarchiv F 5047-Fb-147

INTERNATIONALE NORMEN

Eine Perspektive von Jahrzehnten

Was bringt der Atomwaffenverbotsvertrag, wenn Nuklearmächte wie die USA, Russland oder Pakistan die Vereinbarung ablehnen? Nimmt man eine langfristige Perspektive ein, erscheint die Vision einer atomwaffenfreien Welt plötzlich greifbarer. ANDREAS WEIBEL

Das Übereinkommen über das Verbot chemischer Waffen (CWÜ), das am 29. April 1997 in Kraft trat, verbietet Entwicklung, Herstellung, Besitz, Weitergabe und Einsatz chemischer Waffen. Seitdem hat sich das CWÜ als einer der erfolgreichsten Abrüstungsverträge erwiesen. Mit Ausnahme von Ägypten und wahrscheinlich zu einem kleinen Teil Syrien haben alle Staaten ihre Bestände von Chemiewaffen in den letzten Jahren vernichtet. Die Vertragsstaaten kontrollieren gegenseitig nicht nur, dass keine Lager mehr vorhanden sind, sondern sie überprüfen auch Fabriken, die potentielle Vorprodukte herstellen oder verarbeiten.

Uns ist zumeist gar nicht bewusst, wie erfolgreich das Übereinkommen ist, weil dessen Erfolg sich gerade darin zeigt, was *nicht* denkbar ist. Chemiewaffen sind derart geächtet, dass kein

Staat es wagt, mit ihrem Einsatz zu drohen. Weder in Palästina noch in der Ukraine kommen tödliche chemische Kampfstoffe zum Einsatz, obwohl das in einer rein militärischen Logik durchaus eine effektive Option sein könnte.

DIE THEORIEN DER INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN

Gemäss der klassischen Grosstheorie der internationalen Beziehungen, dem *Realismus*, dürfte es kein solches Übereinkommen geben. In diesem Modell sind alle Staaten egoistische Akteure, die einzig auf ihre eigene Macht und ihre eigene Sicherheit bedacht sind. Kooperation findet nur kurzfristig und zum eigenen Nutzen statt. Dem gegenüber steht der rationalistische *Institutionalismus*, der feststellt, dass sich auch auf internationaler Ebene Normen

bilden können, die sich im Völkerrecht und in internationalen Regimes manifestieren. Die Staaten können erkennen, dass sie ein gemeinsames Interesse an Regeln haben, denen sie sich freiwillig unterwerfen. Eine solche Kooperation ist auch in einer nicht-hegemonialen Ordnung möglich, das heisst, ohne dass von einer Institution ein Gewaltmonopol durchgesetzt wird. Der *Konstruktivismus* schlussendlich erweitert das Modell dadurch, dass die Staaten nicht mehr monolithische Einheiten sind, sondern dass ihre Ziele durch Ideen und soziale Bewegungen beeinflusst werden können.

BEREIT SEIN IM RICHTIGEN MOMENT

1946 schlug die damalige alleinige Atommacht USA der UNO vor, einseitig auf den Besitz von Nuklearwaffen zu verzichten und alles Wissen und alles spaltbare Material an eine von der UNO kontrollierten Organisation zu übergeben. Der Vorschlag scheiterte an Stalins Misstrauen. Auch nach dem Fall der Mauer gab es einen kurzen Moment der Weltgeschichte, in dem mit mehr Weitsicht eine umfassende nukleare Abrüstung möglich gewesen wäre.

Unterdessen haben mehr als 90 Staaten den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet und es werden laufend mehr. Die Unterstützung wird im Laufe der Zeit weiter zunehmen. Länder, die anfangs zögerten, dem Vertrag beizutreten – sei es, weil sie die Missbilligung ihrer Verbündeten fürchteten, sei es, weil sie an dem Irrglauben festhielten, dass Atomwaffen Sicherheit bringen –, werden sich schliesslich gezwungen sehen, ihre Position zu überdenken.

Es wird in Zukunft wieder historische Gelegenheiten geben, in denen es möglich sein wird, analog zum Verbot chemischer Waffen die Ächtung von Atomwaffen global durchzusetzen. Das wird nicht heute sein, sondern vielleicht in zehn oder zwanzig Jahren, wenn das Regime in Moskau – wie früher oder später jedes autoritäre Regime – kollabiert ist. Voraussetzung wird einerseits sein, dass die heutigen Nuklearmächte erkennen, dass ein globales Verbot auch ihrer Sicherheit dient. Andererseits wird es den Druck möglichst vieler Staaten brauchen, die auf ein Verbot drängen. Die Atomwaffenverbots-Initiative ist unser konstruktivistischer Beitrag, die dafür nötige globale Norm zu festigen und zu vertiefen.

ARMEE UND SICHERHEIT

FRAGEN

Schadensausmass sehr gross

Wer profitiert eigentlich von der derzeitigen «Sicherheitspolitik» der Schweiz und wer gehört auf die Verliererseite? Vier kurze Fragen genügen, um dies aufzuzeigen. MARTIN PAPPAN

Eine Frage an Bundesrätin Amherd: Sie haben kürzlich den Bericht der Studienkommission zur Sicherheitslage der Schweiz wohlwollend entgegengenommen. In diesem Bericht steht unter anderem der bemerkenswerte Satz, dass «Massnahmen notwendig seien, um den Wehrwillen der Schweizer Bevölkerung zu stärken. Es gehe darum, die Bereitschaft zu erhöhen, zu kämpfen, zu töten und zu sterben». Welche konkreten Massnahmen wollen sie in die Wege leiten, damit die Menschen in diesem Land ihre Bereitschaft erhöhen, zu töten?

Eine Frage an den Gesamtbundesrat: Mit Rückendeckung rechtsbürgerlicher Politiker und auf Druck der Schweizer Rüstungsindustrie soll der Bundesrat in Zukunft bei der Bewilligung von Kriegsmaterialexporten mehr Spielraum erhalten. Schon heute wird beispielsweise Saudi-Arabien – ein Land mit äusserst problematischer Menschenrechtslage – mit Schweizer Kriegsmaterial beliefert. Frage: Welche Länder dürften zusätzlich, falls Kriegsmaterialexporte noch einfacher würden, mit Schweizer Kriegsmaterial ausgerüstet werden?

Eine Frage an den Gesamtbundesrat: Letztes Jahr wurde bekannt, dass die russische Killerdrohne «Lancet», die im Angriffskrieg gegen die Ukraine zum Einsatz kommt, auch Schweizer Bauteile beinhaltet. Kürzlich wurde zudem bekannt, dass Russland Schweizer Maschinenpistolen im Krieg gegen die Ukraine einsetzt. Frage: Mit welchen wirksamen Massnahmen will der Bundesrat sicherstellen, dass Putin seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine zukünftig nicht mehr mit Unterstützung aus der Schweiz führen kann?

Eine Frage an Bundesrätin Amherd und ihren Armeechef Süssli: Anfang des Jahres veranstaltete die Armee in Bezug auf ihre Finanzsituation ein regelrechtes Kommunikationschaos. Die Einschätzungen schwankten zwischen «kurz vor dem finanziellen Kollaps» und «alles

unter Kontrolle». Was von diesem Chaos zurückblieb, war erstens der Eindruck, dass die Armee ihre Finanzen nicht im Griff hat, und zweitens, dass bewusst Angstmacherei betrieben wurde, um den Boden für zusätzliche Finanzmittel zu bereiten. Das Kalkül scheint aufzugehen. Die Schweizer Armee wird fleissig mit zusätzlichen Steuergeldern alimentiert. Die Folgen: Beispielsweise weniger Mittel für Klimaschutz und Bildung. Frage: Wie können Sie diese falsche Prioritätensetzung unseren Kindern und Jugendlichen erklären?

Fazit: Auf der Gewinnerseite dieser Politik stehen die Armee, die Rüstungsindustrie, Diktatoren und Kriegstreiber. Auf der Verliererseite stehen die Opfer von Schweizer Waffen, das Klima, Bildung und die Jugend, die zukünftig wieder töten lernen soll. Ekelhaft.

UNSINNIG.CH

Die bürgerliche Aufrüstungspolitik ist ein Sicherheitsrisiko

Unser Parlament steckt überstürzt Milliarden in Panzer und Kanonen, auf Kosten von Kita-Subventionen und der Internationalen Zusammenarbeit. Eine Sicherheitspolitik, die den Bedrohungen unserer Zeit gerecht wird, sieht anders aus. ROXANE STEIGER

Der Chef der Armee Thomas Süssli fordert seit Monaten öffentlichkeitswirksam schnell mehr Geld für die Armee. Sein Druck hat gewirkt: Die Armee darf voraussichtlich bereits mit einem Budget von 1 Prozent des BIP bis 2030, statt 2035 rechnen. Das stellt eine Verdoppelung des Budgets innert fünf Jahren dar. Eine bürgerliche Aufrüstungallianz will dafür nun willkürlich bei anderen sicherheitsrelevanten Bereichen wie der Internationalen Zusammenarbeit sparen, die bei den Ursachen von Gewalt und Konflikten ansetzt. Dabei gibt es rational betrachtet keinen Grund für diese Aufrüstungshektik.

VERKALKULIERT

In seinem Schwarzen Buch rechnet Thomas Süssli vor: Insgesamt will er 40 Milliarden Franken in die Aufrüstung investieren, um die Schweiz wieder «verteidigungsfähig» zu machen. Rechnet man die Betriebskosten mit, dürften die Ausgaben auf rund 100 Milliarden Franken steigen – das ist so viel wie das Sondervermögen, das für die deutsche Bundeswehr gesprochen

wurde. In einem ersten Schritt fordert er von der Politik 13 Milliarden, die bis 2031 in die Armee investiert werden müssen. Dazu gehören umfangreiche Investitionen in schweres Kriegsmaterial, das in konventionellen militärischen Angriffen zum Einsatz kommt. Dabei bestätigt selbst der Bund in seinem sicherheitspolitischen Bericht: Dass russische Panzer am Bodensee auftauchen, ist nach wie vor höchst unwahrscheinlich. Das scheint logisch. Putin befindet sich in einem Abnutzungskrieg in der Ukraine. Damit er an der Schweizer Grenze steht, müsste er die Ukraine zunächst besiegen oder zumindest weite Teile besetzen und danach noch in NATO-Staaten einmarschieren. Mit einem konventionellen militärischen Angriff sind wir also in absehbarer Zeit nicht konfrontiert. Die vom Parlament gesprochenen Aufrüstungsbeträge lassen sich allerdings nicht anders erklären.

SCHWARZMALEREI AUF KOSTEN VON MENSCHEN

In der Armeebotschaft hat sich der Bundesrat für die Ausrichtung auf ein Szenario entschie-

den, das ermöglichen soll, die Armee in allen Bereichen zu stärken. Mit knapp 30 Milliarden Franken für die nächsten fünf Jahre hat das Parlament einen der teuersten Planungsbeschlüsse durchgewunken, den es je gab – und das ohne Gegenfinanzierung. Doch wäre es nicht besser, auf Grundlage einer sauberen sicherheitspolitischen Analyse auf die Bedrohungen zu fokussieren, die uns tatsächlich in absehbarer Zeit betreffen werden? Wo ist die Gesamtsicht auf die verschiedenen Instrumente unserer Sicherheitspolitik, auf den anderen wichtigen Beiträgen, die wir gerade auch in der Prävention von Konflikten leisten könnten?

Anstatt Prioritäten zu setzen, brüstet sich die Armee heute als einzige Sicherheitsgarantin der Bevölkerung, während ihr die Bürgerlichen alle Wünsche von den Lippen ablesen. Und das VBS skizziert fleissig düstere Szenarien, die die Aufrüstung der Armee als alternativlos erscheinen lassen. Das Ziel: Hauptsache möglichst schnell, möglichst viel Geld in die Armee pumpen. Ohne konkreten Plan, wofür und woher das Geld kommen soll. Für die GSoA ist klar: Wir brauchen eine nüchterne Bedrohungsanalyse, die den Herausforderungen unserer Zeit gerecht wird, anstatt planlos Milliarden auf Kosten von Menschen und Umwelt zu sprechen.

Unterstütze unsere Forderungen, indem du unsere Resolution unter www.unsinnig.ch unterschreibst.

Autorin dieses Artikels und GSoA-Skeretärin Roxane Steiger in der SRF-Arena, 20.9.2024



SICHERHEITSPOLITISCHES LEHRMITTEL

Sicherheit = Militär?

Das neue Lehrmittel zur Sicherheitspolitik der Armee verschweigt den Zivildienst und setzt auf gezielte Propaganda. Die GSoA fordert: Schluss mit der einseitigen Beeinflussung und her mit einer umfassenden Aufklärung! MARCO PIFFARETTI

Das neue Lehrmittel zur Sicherheitspolitik, herausgegeben von der Armee und der Pädagogischen Hochschule Luzern, steht in der Kritik. Auf fast 90 Seiten wird der Zivildienst, ein wichtiger Teil der schweizerischen Sicherheitspolitik, vollständig ignoriert. Dies ist ein weiterer, gezielter Angriff auf den Zivildienst und seine Rolle in der Gesellschaft.

Selbst die NZZ bemängelte, dass der Zivildienst in der Broschüre keinen Platz findet, obwohl er – besonders während der Coronapandemie – einen wesentlichen Beitrag zur Krisenbewältigung leistete. Im Gegensatz dazu wird die Armee 50 Mal erwähnt. So hat es das Lehrmittel bis nach Bundesbern geschafft: In der Antwort auf eine Interpellation von SP-

Nationalrat Fabian Molina gesteht der Bundesrat, den Zivildienst unberechtigterweise ausgelassen zu haben – allerdings sehr halbherzig.

Dieses Lehrmittel ist ein Beispiel für die schleichende Militarisation durch das Verteidigungsdepartement. Unter dem Vorwand einer Sensibilisierungskampagne wird für eigene Zwecke geworben. Es braucht eine umfassende Diskussion, die alle Aspekte der Sicherheitspolitik beleuchtet – nicht nur die militärischen. Es ist manipulativ, jungen Menschen Alternativen in der Landesverteidigung vorzugaukeln, während der Zivildienst, der massgeblich zur gesellschaftlichen Sicherheit beiträgt, vollständig ausgeblendet wird.

Trotz Korrektur auf der begleitenden Website und geplanter Neuauflage bleibt der Vorwurf: Das Verteidigungsdepartement betreibt gezielte Armeepropaganda. Eine solch einseitige Darstellung wird der Komplexität der Schweizer Sicherheitspolitik nicht gerecht.

Wir fordern vom Bundesrat eine Erklärung: Warum wird der Zivildienst nicht berücksichtigt? Und wie wurde sichergestellt, dass auch nicht-militärische Aspekte einbezogen wurden? Die Bevölkerung hat ein Recht auf umfassende Information über alle Optionen der Schweizer Sicherheitspolitik.

KRIEGSMATERIAL

Menschenrechte als Handelsware

Bundesrat und Parlament haben in den vergangenen Monaten diverse Angriffe auf das Kriegsmaterialgesetz gestartet. TIMOTHY OESCH

Die Konsequenzen dieser Änderungen sind gravierend und weitreichend: Wiederausfuhr von Kriegsmaterial und direkte Waffenexporte in menschenrechtsverletzende Staaten sind zu befürchten. Was in diesen Diskussionen immer vergessen geht: Mit diesen Änderungen wird die Schweiz Geschäfte mit Grundrechten der Bevölkerung in den Empfängerstaaten machen.

«Eine bedeutende Minderheit der Kommission empfiehlt, auf den Export und die Wiederausfuhr von Kriegsmaterial in Ländern, welche Menschenrechte schwerwiegend verletzen, zu verzichten.» So liest sich eine der Empfehlungen aus dem «Bericht der Studienkommission Sicherheitspolitik» (Seite 59). Die Perversität der

Konsequenzen dieser Empfehlung können gar nicht genug betont werden: Eine Mehrheit der Kommission ist der Ansicht oder nimmt zumindest in Kauf, dass die Schweiz Kriegsmaterial in Länder ausführen soll, selbst wenn diese Staaten die existentiellen Rechte ihrer Bürger*innen mit Füßen treten. Dasselbe soll – wenn es nach der Vorstellung der «Expert*innen» geht – auch für Staaten gelten, die in Kriege und Konflikte verwickelt sind. «Die Kommission stellt sich diametral gegen geltendes Recht», meinte Marionna Schlatter, selbst Mitglied der Kommission, als sie bei einem Treffen der Regionalgruppe Zürich über den Bericht sprach. «Das muss man erst mal sacken lassen.»

Mit zwei Frontalangriffen versuchen die Sicherheitspolitischen Kommissionen des Parlaments und der Bundesrat die Regelwerke anzupassen, unter welchen Umständen Waffen, Munition, Gefährt und sonstiges Material aus der Schweiz ins Ausland verkauft werden dürfen. Der Bundesrat will sich selbst die Kompetenz geben, Ausnahmen für die Bewilligung von Exporten erteilen zu können. Keine 5 Jahre nach der Korrektur-Initiative versucht er also, die Volksabstimmung über das Anliegen zu umgehen. Mit der parlamentarischen Initiative der SIK (sicherheitspolitische Kommission) des Nationalrats, versucht der Rat ausserdem, Wiederausfuhr zu erlauben. Mit anderen Worten sollen Länder Waffen, welche sich in der Schweiz gekauft haben, weiterverkaufen können: Nach eigenem Gusto. Den Chef der Rheinmetall Air Defence freut's: In einem SRF Interview gibt Oliver Dürr unmissverständlich zu verstehen, dass es sein Ziel sei, seine Produkte auch in

Saudi Arabien abzusetzen. Dass seine Waffen in diesem Fall verwendet werden könnten, um politische Gegner*innen der saudischen Regierung auszuschalten, scheint ihn völlig kalt zu lassen.

Treten wir einen Schritt zurück: Selbst unter den aktuellen Regeln scheint der Aufenthaltsort von Schweizer Waffen teils ungeklärt. Recherchen des SRF haben ergeben, dass ein massiver Teil des Kriegsgeräts, welches die Schweiz nach Indien exportiert hat, bei einer Stichprobe nicht kontrolliert werden konnte. Dass diese Waffen in die falschen Hände gelangt sind, kann somit nicht ausgeschlossen werden.

Es ist unfassbar, dass es überhaupt gesagt werden muss, aber: Schweizer Kriegsmaterial darf unter keinen Umständen in die Hände von Regimen gelangen, welche sich keinen Deut um Menschenrechte scheren; weder direkt, noch über Umwege.



LUKAS' CYBERKOLUMNE

Wahlbeeinflussung, ist das ein Cyberangriff?

Wurde die amerikanische Präsidentschaftswahl von ausländischen Akteuren im Cyberraum beeinflusst? Sicher, aber ob der Einfluss einen Unterschied gemacht hat, ist schwierig zu sagen. Eine Übersicht über typische Methoden, die genauso gut für Abstimmungen in der Schweiz eingesetzt werden könnten. LUKAS BÜRGI

Wahlen werden beeinflusst, seit es Wahlen gibt. In der modernen Geschichte zwischen 1946 und 2000 haben die USA und Russland (inklusive USSR) zusammengerechnet weltweit jede neunte Wahl beeinflusst und dabei durchschnittlich den Stimmenanteil ihres bevorzugten Kandidaten um 3% erhöht.¹ Zu den traditionellen Methoden gehören unter anderem öffentliche Drohungen und Versprechen, geheime Spenden zuhänden bevorzugter Kandidaten und das Erstellen von Kampagnenmaterial zugunsten eines Kandidaten. Zu den besonders unehrenhaften Methoden gehören das Beschaffen und Veröffentlichlichen von schädigenden Informationen über einen Kandidaten, Veröffentlichung von Falschinformationen oder das Bedrohen von potenziellen Spender*innen der Gegenseite.² Der Übergang von Wahlbeeinflussung zu Wahlfälschung und Staatsstreichen ist fließend. Zum Beispiel zählen einige Autoren das Zerstören der Büros eines Kandidaten noch zur Wahlbeeinflussung. Ich werde mich aber auf gewaltfreie Methoden beschränken. Diese sind alle finan-

ziell oder wirken im Informationsraum. Es ist offensichtlich, dass Wahlbeeinflussung im Informationsraum heute vorwiegend online geschieht. Weniger klar ist, ob es sich nur um die Digitalisierung von Altbekanntem handelt, oder ob die neuen Medien die Gefahr massgeblich steigern. Das kann man am besten an konkreten Beispielen abschätzen.

FINANZIERUNG VON BERICHTERSTATTUNG

Russland hat konservative Social Media Influencer in Russland mit Millionen von Dollar unterstützt, angeblich ohne deren Wissen.³ Das ist ziemlich klar die Digitalisierung von altbekannten Methoden. Ausgewählte Medienschaffende mit oder ohne deren Wissen zum eigenen Vorteil zu finanzieren, hat eine lange Tradition.

HACKING VON POLITISCHEN KAMPAGNEN

Laut verschiedenen Quellen waren die Kampagnen von beiden Kandidaten das Ziel von versuchten Hacks, bei denen es darum ging, Informationen zu stehlen.⁴ Bei Trump hatte der

Iran einen gewissen Erfolg und stahl unter anderem Material, mit dem sich Trump auf die Podiumsdiskussion gegen Harris vorbereitet hatte.⁵ Auch das Ausspionieren von Gegner*innen ist keine neue Entwicklung, ist aber auf digitalem Weg potenziell günstiger als wenn man physische Spione schicken muss.

«DEEPPAKES» – TÄUSCHEND ECHE, GEFÄLSCHTE BILDER, VIDEOS UND SPRACHAUFNAHMEN

Deepfakes haben (bei Redaktionsschluss) nur eine relativ beschränkte Rolle gespielt – die Stimme von Biden wurde zur Beeinflussung einer Vorwahl gefälscht⁶ und in weniger bedeutenden Zusammenhängen wurden routinemässig Bilder generiert wie z.B. eine Pro-Trump-Werbung mit Taylor-Swift.⁷ Oft ersetzen und ergänzen Deepfakes nur die Arbeit von Grafikern und es gibt keine Hinweise, dass nach den Vorwahlen noch einmal mithilfe Generativer Künstlicher Intelligenz Wähler*innen auf eine relevante Weise getäuscht wurden.

VERBREITUNG VON FALSCHINFORMATIONEN

Wenn grosse Teile der Bevölkerung sich über unzuverlässige Quellen informieren und an

Falschinformationen glauben, ist das eine der grössten denkbaren Bedrohungen für eine Demokratie. Falschinformationen wurden von Kandidat Trump genauso verbreitet wie von ausländischen Akteuren. Ungelenkte Social-Media-Dynamiken, die Falschinformationen fördern und eine politische Kultur, in der Lügen zunehmend erlaubt ist, haben wohl einen grösseren Einfluss auf die Wahlergebnisse gehabt, als gezielte Beeinflussungsversuche aus dem Ausland.

FAZIT

Keine dieser Bedrohungen könnte militärisch abgewehrt werden. Die Politikfinanzierung muss kontrolliert werden, jede Demokratie braucht eine gesunde Medienlandschaft, in der Falschinformationen gekontert werden und gegen Hacking braucht es Anreize für die Privatwirtschaft, sichere Software zu produzieren. Unkontrollierte Dynamiken auf profitorientierten Social-Media-Plattformen führen zu mehr Falschinformationen in der Bevölkerung als ausländische Akteure und haben ein grösseres Potenzial, in der Zukunft schlimmer zu werden.

Hinweis:
Redaktionsschluss war mehrere Wochen vor den Wahlen.

¹ A Vote for Freedom? The Effects of Partisan Electoral Interventions on Regime Type, Dov H. Levin, 2019. Das ist eine respektable Veröffentlichung, die von anderen respektablen Veröffentlichungen zitiert wird. Ob die Zahlen exakt stimmen, ist für diesen Artikel komplett irrelevant. Siehe zum Thema auch: «Cyberwar. How Russian hackers and trolls helped elect a president – what we don't, can't, and do know.», Kathleen Hall Jamieson, 2018

² Introducing PEIG 2.0: Sixty-nine years of partisan electoral interventions 1946–2014

³ www.reuters.com/world/russia-focusing-american-social-media-stars-covertly-influence-voters-2024-09-09/

⁴ www.politico.com/news/2024/08/14/google-iran-hackers-trump-biden-campaign-00174046

⁵ www.politico.com/news/2024/09/27/iranians-charged-trump-campaign-hack-00181454

⁶ www.npr.org/2024/05/23/nx-s1-4977582/fcc-ai-deepfake-robocall-biden-new-hampshire-political-operative

⁷ www.theguardian.com/technology/article/2024/aug/24/trump-taylor-swift-deepfakes-ai

KRIEG UND FRIEDEN

ISRAEL/PÄLASTINA

Ein endloser Albtraum

Um einen gerechten und dauerhaften Frieden zu erreichen, sind Deeskalation, ein sofortiger Waffenstillstand und die Einhaltung des humanitären Völkerrechts erforderlich. Wir sollten die Fähigkeit der Menschen, in Dialog und Solidarität zu investieren, nicht unterschätzen. NOEMI BUZZI

Seit einem Jahr verdunkelt die Gefahr eines weitreichenden Krieges im Nahen Osten die Zukunft der Region. Nachdem Netanjahu mit seinem wahnhaften Ziel, die Hamas zu vernichten, krachend gescheitert ist, baut er eine zweite Front im Libanon auf, wo ein Jahr der Gefechte mit der Hisbollah zu einer israelischen Invasion ausartete. So reiht sich auch die gezielte Auseinandersetzung mit den Blauhelmen, die sich im Rahmen der Unifil-Beobachtungsmission im Libanon aufhalten, in einer langen Reihe von Verstössen gegen das humanitäre Völkerrecht ein. Diese müssen ein Ende haben. Diese Strategie der israelischen Regierung hat die soziale und politische Spaltung des Landes verschärft, die Familien der Geiseln im Stich gelassen und die Welt schockiert.

Im vergangenen Jahr wurde die Zivilbevölkerung regelmässig ins Visier genommen, während Zehntausende Menschen starben, verletzt wurden und aus ihren Häusern fliehen mussten. Sowohl die Hamas als auch die Regierung Netanjahu wollen blindlings ihre eigenen Interessen durchsetzen: Das Leid der Zivilbevölkerung, das durch den Krieg und die aktuelle Eskalation verursacht wird, kümmert sie am wenigsten.

Der Terroranschlag vom 7. Oktober wird in die Geschichte Israels als einer der schlimmsten Angriffe auf die jüdische Bevölkerung Israels eingehen, der unzählige zivile Opfer forderte und viel Leid und Unsicherheit verursachte.

Dadurch haben sich die tief in der israelischen Bevölkerung verwurzelten Ängste bestätigt, nämlich dass das jüdische Volk nirgendwo sicher sein wird, nicht einmal in dem Staat, der zu seinem Schutz gegründet wurde. Die Notwendigkeit, sich mit Waffen zu verteidigen, ist ein fester Bestandteil der Identität des israelischen Volkes: Nie mehr Opfer, sondern jede Generation ist aufgerufen, ihren Teil für die Sicherheit des Landes zu leisten. Sie ist tief in der israelischen Gesellschaft verwurzelt, da die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Armee weitgehend unterstützt und jedes Jahr alle volljährigen Menschen zum Militärdienst einberufen werden.

Was im Oktober letzten Jahres passiert ist, geschah nicht in einem Vakuum, genauso wie es nicht der Beginn der Geschichte dieses Krieges war. Seit Generationen wütet die Gewalt im Nahen Osten und führt zu kollektiven und individuellen Traumata, die ein Klima des Misstrauens schaffen, das es extremistischen Kräften ermöglicht, die Ängste der Menschen auszunutzen. Seit Jahrzehnten eskaliert die Spirale der Gewalt immer weiter, besonders blutig im letzten Jahr.

Die Spaltung und das Misstrauen, die zwischen dem israelischen und dem palästinensischen Volk herrschen, haben sich massiv verstärkt. Der Krieg im Gazastreifen, in dessen Verlauf bereits Zehntausende von Menschen getötet wurden, hat eine tief verwurzelte Angst des palästinensischen Volkes bestätigt: Die Angst, dauerhaft vernichtet und aus ihrem Land vertrieben zu werden.

Auf kurze Sicht muss die internationale Gemeinschaft alles tun, um einen Waffenstillstand

und ein Abkommen zur Freilassung der Geiseln zu erreichen. Dies erfordert eine koordinierte globale Anstrengung, nicht nur in Worten, sondern auch in Taten. Zu diesem Zweck muss die Schweiz ihre Position an der Spitze des UN-Sicherheitsrats im Oktober 2024 nutzen: Das Land hat bereits ein Mandat der UNO erhalten, um in den kommenden Monaten ein Treffen der Parteien der Genfer Konvention über Konflikte im Nahen Osten einzuberufen.

Obwohl die Mehrheit der internationalen Gemeinschaft ein Ende des Krieges fordert, exportieren mehrere Länder, darunter die Schweiz, weiterhin Kriegsmaterial in die Konfliktregion. Um zur Deeskalation beizutragen, ist es unerlässlich, dass die Schweiz sofort alle militärischen Kooperationen und Rüstungsbeziehungen mit Israel und anderen Ländern des Nahen Ostens aussetzt. Hierfür haben wir als GSoA Mitte Oktober einen wirksamen Appell lanciert.

Gerechter Frieden darf weder reine Rhetorik noch ein kurzfristiges Ziel sein, sondern ist ein langer und schwieriger Prozess: Er bedeutet eine tiefgreifende Umwandlung des Status quo, die in Solidarität mit allen Menschen erfolgen und zwei gleichberechtigte Völker, ein arabisch-palästinensisches und ein jüdisch-israelisches voraussetzt. Es gilt, aktiv an die Möglichkeit zu glauben, eine Zukunft aufzubauen, in der Palästina, Israel und die gesamte nahöstliche Region friedlich zusammenleben können.



Friedenstaube von Bansky in Bethlehem.
©Wikimedia, Davide Mauro, CC-BY-SA_4.0

UKRAINE-KRIEG

Warum es humanitäre Visa für russische Kriegsgegner braucht

Am 1. August gab es einen Gefangenenaustausch zwischen Russland und mehreren NATO-Staaten, dem grössten Gefangenenaustausch dieser Art seit dem Ende des Kalten Krieges. VITALY

Gegen acht Spion*innen, Betrüger und einen Mörder hat Russland 16 Gefangene freigelassen, darunter die Politiker Ilja Jaschin, Wladimir Kara-Murza und Nawalny Mitkämpferinnen Ksenia Fadejewa und Lilia Tschanyschewa. Für Putins Gegner*innen löste die Freilassung der Oppositionellen ein bittersüßes Gefühl aus, da die Zahl der politischen Gefangenen die 1200-Marke überschritten hat. Laut Marianna Katsarova, Sonderberichterstatterin für Menschenrechte in Russland bei der UNO, ist das Ausmass der Repression in Russland «beispiellos seit dem Stalinismus». Seit dem 24.02.2022 wurden 20.000 Teilnehmende an Anti-Krieg-Protesten willkürlich festgenommen. Es herrscht militärische Zensur: unabhängige Medien und ausländische soziale Netzwerke sind blockiert, mehr als tausend Organisationen und Einzelpersonen sind als „ausländische Agent*innen“ eingestuft, und die Verbreitung von Nachrichten, die nicht mit den Berichten des Verteidigungsministeriums übereinstimmen, wird mit bis zu 15 Jahren Gefängnis bestraft. Die Lage hat sich noch weiter verschärft, nachdem Nawalny in einem Gefängnis im hohen Norden getötet wurde.

Die noch in Russland verbliebenen Oppositionsaktivist*innen, Journalist*innen und Politiker*innen sind grossen Gefahren ausgesetzt. Eine Vielzahl von Oppositionellen hat sich für die Ausreise entschieden. 900'000 Russ*innen sind hauptsächlich in visumfreien und mit Putin kooperierenden Ländern wie der Türkei, Serbien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Thailand und den ehemaligen Sowjetrepubliken im Kaukasus und Zentralasien gelandet. Keines dieser Länder kann laut Reporter ohne Grenzen als völlig sicher für russische Kriegsgegner*innen bezeichnet werden. So sind zum Beispiel Fälle von Verhaftungen von Deserteuren in Armenien und Fälle von Verhaftungen und Entführungen von linken Kriegsgegner*innen in Kirgistan bekannt. Der gescheiterte Versuch der thailändischen Behörden, die Antikriegs-Rockmusiker Bi-2 an Russland auszuliefern, hat international für grosses Aufsehen gesorgt.

Nach Ausbruch des Krieges haben Deutschland, Litauen und Polen humanitäre Visa für russische Staatsbürger*innen eingeführt und mehrere Tausend davon ausgestellt. Die Erlangung dieser Visa kann jedoch viele Monate dau-

ern, und es sind wesentlich mehr Menschen in Gefahr, als diese Länder bereit sind, aufzunehmen. Eine Stadtplanerin Lyubov Krutenko beispielsweise wurde von der Polizei Moskaus für Wochen verfolgt, was ihren Alltag unerträglich machte: «Mein Mann und ich wollten nicht ins Gefängnis gehen, aber auch nicht schweigen oder untertauchen, also beschlossen wir auszuwandern».

Die Visa retten das Leben potenzieller politischer Gefangener, und die Zeit spielt nicht immer auf ihrer Seite. So gelang es dem Anarchisten Denis Kozak aus Rostow am Don, der mit einem humanitären Visum nach Deutschland einreiste, anstatt wegen politisch motivierter Anschuldigungen an Russland ausgeliefert zu werden, aus einem kasachischen Gefängnis zu entkommen. Kozak hilft heute linken politischen Gefangenen. Aikhal Ammosov, ein jakutischer Antikriegsaktivist, wäre auch so ausgewandert, leider hat er sein Visum nicht rechtzeitig erhalten. Nun sitzt er in Abschiebehaft in Kasachstan.

Deutschland hat die besten Bedingungen: Der Staat übernimmt Miete und Krankenversicherung, bietet Geldleistung, die Möglichkeit zu studieren, Deutsch zu lernen und zu arbeiten. All das erlaubt es einem, nicht ans Überleben zu denken, sondern sich zu engagieren und

Pläne für die Zukunft zu schmieden, wie zum Beispiel Pjotr Zherebtsov, ein Ausstellungsorganisator aus Nowosibirsk, der anderen russischen Kriegsgegner*innen bei der Ausreise hilft. Von den Antragsteller*innen wird verlangt, das Risiko der Verfolgung nachzuweisen, aber auch stabile Verbindungen zu deutschen Organisationen zu haben: Einerseits wird dadurch die Zahl der Bewerber*innen eingeschränkt, andererseits können sich die Kommenden schneller integrieren, sei es in Wissenschaft, Gewerkschaftsarbeit, Menschenrechtsarbeit, Kunst oder Journalismus.

Die Schweiz hat derzeit keine humanitären Visa für russische Staatsbürger*innen vorgesehen, aber für türkische, kosovarische, afghanische, irakische oder syrische Staatsbürger*innen schon. Die Eröffnung eines Programms zur Unterstützung russischer Oppositioneller würde viele Aktivist*innen vor dem Haft bewahren und ihnen helfen, sich weiterhin im Ausland zu organisieren.

NATO-ANNÄHERUNG

NATO: Undemokratische Salomitaktik des VBS

Die Bundesrätin Viola Amherd hat in den letzten Monaten Schritte unternommen, die eine schleichende Annäherung der Schweiz an die NATO bedeuten. MARCO PIFFARETTI

Ohne breite öffentliche Diskussion oder parlamentarische Zustimmung hat der Bundesrat Massnahmen ergriffen, die die Zusammenarbeit mit der NATO intensivieren. Diese Vorgehensweise wirft ernsthafte neutralitätspolitische Fragen auf. Denn die Frage, wie viel NATO die Neutralität verträgt ist hochpolitisch und muss gesellschaftlich ausgehandelt werden.

BUNDESRAT FÜHRT NATO-ANNÄHERUNG DURCH DIE HINTERTÜR WEITER

Im April dieses Jahres hat der Bundesrat den Beitritt der Schweiz zur European Sky Shield Initiative (ESSI) beschlossen, was eine starke Annäherung an die NATO bedeutet. Dieser Entscheid wurde ohne eine breite politische Diskussion über die Sicherheit und Neutralität der Schweiz getroffen. Das erinnert stark an die Vorgehensweise bei der Beschaffung des F-35 Kampffjets, bei der die Abstimmung über unsere gültig zustande gekommene Volksinitiative verhindert wurde. Anstatt mit der schleichenden Annäherung an die NATO leere Sicherheitsversprechen zu machen und die Glaubwürdigkeit als neutraler Staat zu verlieren, sollte die Schweiz endlich eine konsequente und aktive Friedenspolitik verfolgen.

Der Bundesrat hat stattdessen im März entschieden, vor der NATO zu katzbuckeln und dem wichtigsten internationalen nuklearen Ab-

rüstungsvertrag (TPNW) nicht beizutreten, was gerade in Zeiten erhöhter nuklearer Bedrohung beschämend ist. Zudem richtet sich dieser Entscheid gegen einen Parlamentsbeschluss von 2018, der den Bundesrat beauftragte, den Beitritt zum Atomwaffenverbots-Vertrag «so schnell wie möglich» einzuleiten.¹ Auch hier zeigt sich: Es braucht dringend eine ernsthafte Diskussion über die aussen- und sicherheitspolitische Rolle der Schweiz!

KEINE BÜNDNISFALLÜBUNGEN MIT DER NATO

Ein Lichtblick in dieser Entwicklung war die Entscheidung des Nationalrates, keine Bündnisfallübungen mit der NATO durchzuführen. Die Bündnisfallübungen hätten die Schweiz weiter in die militärischen Strukturen der NATO eingebunden und die militärische Neutralität des Landes infrage gestellt. Leider wurde der erwähnte Entscheid vom Ständerat nicht bestätigt. Somit bestehen weiterhin keine roten Linien darüber, wie viel Kooperation mit der NATO die militärische Neutralität der Schweiz verträgt.

DEMOKRATIEDEFIZIT IM VBS

Ein weiteres bemerkenswertes Beispiel für das zweifelhafte Vorgehen der Bundesrätin Viola Amherd ist die Einrichtung der Studien-

kommission durch das Verteidigungsdepartement (VBS). Diese Kommission sollte ursprünglich eine umfassende Analyse der sicherheitspolitischen Lage der Schweiz liefern. Doch setzt sich die Kommission mehrheitlich aus Personen aus bürgerlichen und VBS-nahen Kreisen zusammen und die Arbeitsweise der Kommission lässt vermuten, dass sie lediglich dazu dient, bereits getroffene Entscheidungen und den NATO-Kurs von Amherd zu legitimieren. Damit verpasst sie absichtlich die Chance, eine echte, unabhängige Analyse über die zukünftige Ausrichtung der Schweizerischen Sicherheitspolitik zu liefern.

DIE LUFTSCHLÖSSER DER NATO-ANNÄHERUNG

Die Argumente für eine Annäherung an die NATO basieren oft auf unrealistischen Annahmen und Wunschvorstellungen. Befürworter*innen behaupten, dass eine engere Zusammenarbeit mit der NATO die Sicherheit der Schweiz erhöhen würde. Doch diese Annahmen ignorieren die Tatsache, dass die Schweiz als neutraler Staat historisch gut gefahren ist. Die NATO-Annäherung könnte die Schweiz in internationale Konflikte verstricken und ihre Unabhängigkeit gefährden. Die GSoA warnt vor diesen «Luftschlössern» und fordert eine strikte militärische Neutralität, gepaart mit einem aktiven Einsatz von diplomatischen und wirtschaftlichen Mitteln für Menschenrechte, Völkerrecht und Demokratie.

Die aktuelle sicherheitspolitische Debatte spitzt sich auf zwei Zukunftsszenarien zu: den Beitritt zur NATO oder eine Schweiz ohne Armee, die sich für eine aktive Friedenspolitik einsetzt. Dabei sprechen die Geschichte und aktuelle Umfragen klar für Zweiteres. Denn: Das Aufgeben der Neutralität ist realpolitisch undenkbar, da diese tief verankert ist. Deshalb scheint die Option einer Schweiz ohne Armee, die sich für ein starkes Völkerrecht und eine sicherere und stabilere Welt einsetzt, realistischer. Eine Schweiz ohne Armee, die ihre Ressourcen vollumfänglich in den Frieden investiert, könnte einen wichtigen Beitrag zur zivilen Konfliktprävention und zu internationaler Friedensarbeit leisten. Dies würde nicht nur die Sicherheit im eigenen Land erhöhen, sondern auch einen wertvollen Beitrag zur globalen Friedenssicherung leisten.

Fazit: Die undemokratische Vorgehensweise von Bundesrätin Viola Amherd in Bezug auf die NATO-Annäherung ist besorgniserregend. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Bevölkerung und das Parlament in solch grundlegende sicherheitspolitische Entscheidungen einbezogen werden. Wir fordern eine offene und transparente Debatte über die sicherheitspolitische Lage und endlich eine nüchterne Bedrohungsanalyse!

¹ www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefit?AffairId=20174241

ECOPEACE

Was ist Ecopeace?

Die Mischung von top down und bottom up im Umweltschutz: das Konzept von EcoPeace im Nahen Osten. NOËMI HOLTZ

Jordanien und Israel einigten sich 2023 bei der Strom- und Wasserversorgung zusammenzuarbeiten, die Unterzeichnung des Vertrags fiel dann dem Wahnsinn des Gazakriegs zum Opfer. Es wäre ein hervorragendes Projekt gewesen:

Jordanien hätte Solarstrom in seinen weiten Wüsten produziert und Israel den Strom für dessen Entsalzungsanlagen geliefert, Israel dafür Wasser ins trockene Jordanien. In diesem Vertrag hätten die beiden Staaten die Vorschläge einer jahrzehntelangen Zusammenarbeit von jordanischen, palästinensischen, ägyptischen und israelischen Umweltwissenschaftler*innen übernommen, die dezidiert auf Augenhöhe zusammenarbeiteten. Durch die Nichtunterzeichnung blieb die Einsicht auf der Strecke, dass sich «Gerechtigkeit» auch an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientieren muss und nicht an Ideologie.

Der Hintergrund: Der Nahe Osten erwärmt sich intensiver als andere Regionen – mit katastrophalen Folgen. Diese Einsicht führte Umweltwissenschaftler*innen aus Jordanien, Palästinenser*innen aus den besetzten Gebieten, Israeli und Jordanier*innen im Jahr 1994 in Taba

(Ägypten) zu länderübergreifender Zusammenarbeit. Sie gründeten **EcoPeace**.

Das Ziel der Zusammenarbeit: den Umweltschutz in der gesamten Region zum Wohl von Mensch und Natur voranzutreiben, vor allem im Kontext von Wasserversorgung und Gewässerschutz. Die verbesserte Wasserversorgung sollte Konflikte reduzieren und den Umweltschutz stärken. Israel hatte im Bereich Wassernutzung vielfältiges Wissen (Wasserrecycling, Entsalzung von Meerwasser u.a.), das damit auch der Region zugute kam.

EcoPeace achtete strikt auf die Gleichberechtigung aller Beteiligten. Sogar während der Intifada gelang es EcoPeace, Strategien zur Erhaltung der Wasserqualität (Abwasser- und Abfallentsorgung) in der Region des Berg Aquifer zu entwickeln (Aquifer ist die Gebirgskette in der Westbank, die für die Wasserversorgung aller relevant ist). Sie schlugen diese den Gemeinden vor und förderten deren Umsetzung. Besonders in Zeiten eskalierender Gewalt verstand es Ecopeace, Projekte nahe an den Bedürfnissen der Bevölkerung zu gestalten und damit Vertrauen aufzubauen. Konkret einigten sich alle darauf,

den Jordan zu reinigen, einige Stellen zu renaturieren und den Zufluss zum Toten Meer, das auszutrocknen droht, zu erhalten. Sie bauten entlang dem Jordan Schulungszentren auf, in denen Jugendliche beider Seiten lernten, worum es beim Gewässerschutz geht. Sie setzten das dann auch gemeinsam um.

Einer der Gründer, Gidon Bromberg, schreibt dazu:

«Schon vor dem Ausbruch der zweiten Intifada im Jahr 2001 erkannte EcoPeace, dass mittel- und langfristige Interessen inmitten zunehmender Gewalt, des Verlusts von Hoffnung und Vertrauen nicht ausreichend relevant waren und dass man sich um die unmittelbaren Anliegen der Menschen kümmern muss. ... Als Ende 2000 endlich die Finanzierung für das Projekt «Good Water Neighbours» gesichert war, wurde das neue grenzüberschreitende Gemeinschaftsprojekt mit dem Ausbruch der Gewalt im Jahr 2001 fast gestrichen. ... EcoPeace gelang es jedoch, die Geldgeber davon zu überzeugen, dass eine Zusammenarbeit auf Gemeindeebene möglich ist. ... Es umfasste zunächst 11 Gemeinden – 5 palästinensische, 5 israelische und 1 jordanische – und ist heute auf 26 Gemeinden angewachsen – 9 palästinensische, 8 israelische und 9 jordanische Gemeinden, grosse Städte und kleine Dörfer. (z.B. auch Jenin).»

EcoPeace wurde im Verlauf der Jahre zunehmend von beiden Konfliktparteien angegriffen.

Ihre Aktivitäten wurden als Betrug, die arabisch-israelische Zusammenarbeit als Kollaboration bezeichnet. Sie diene den Interessen der «anderen Seite». Trotzdem macht EcoPeace das, was jeweils realisierbar ist: Im Moment engagieren sie sich für die dringend nötige Wasser- und Nahrungsversorgung der Menschen in Gaza.

Stärkere Zusammenarbeit bei der Wasser- und Stromversorgung hat eine wichtige deeskalierende Wirkung und ist wirtschaftlich und ökologisch für alle Beteiligten sinnvoll. Sie muss – vor allem in Krisenzeiten – durch zivilgesellschaftliche Organisationen von unten getragen werden. Die Finanzierung für solche zivilgesellschaftliche Friedensbildung – wie EcoPeace – wird in der Schweiz aktuell gekürzt, weil das Budget für internationale Zusammenarbeit (IZA) stattdessen für militärische Pseudo-Sicherheit ausgegeben werden soll.

DER HOFFUNGSSCHIMMER:

EcoPeace wurde im Januar 2024 als Anwärter für den Nobelpreis nominiert.

Die Kernidee ist somit auf internationaler Ebene angekommen. Sie wird auch in anderen Regionen der Welt, z.B. Indien-Pakistan; Kosovo – Herzegovina und im MENA Raum (Nordafrika) umgesetzt. EcoPeace macht auch im Nahen Osten weiter mit der eigenen Erfahrung zwischen top down und bottom up.

DIE LETZTE

SRF-BESCHWERDE

Gesucht: Journalismus!

36 Minuten lang durfte Armeechef Thomas Süssli im SRF-Format EcoTalk vom 16.08.2024 widerspruchslos seine Aufrüstungspropaganda von sich geben. Das hat mit Journalismus nur wenig zu tun. Deshalb haben wir uns beim SRF beschwert. JORIS FRICKER

Dass Bundesrät*innen oder andere staatstragende Personen im «staatlichen» Fernsehen auftreten (dürfen), ist per se noch keine Sensation. Doch ist man es sich gewohnt, dass diese dann auch wirklich kritisch befragt, ja, gar in die Mangel genommen werden. Erst recht dann,

wenn es sich um brandaktuelle Geschäfte dreht – wie in diesem Fall. Armeechef Thomas Süssli, so etwas wie der Starboy der Armee seit Kriegsausbruch in der Ukraine, sollte im Eco Talk über Themen wie die Armeefinanzierung oder auch den Frauenanteil in der Armee par-

lieren. Das sind nicht unheikle Themen. Doch der Moderator Reto Lipp – kein Unerfahrener – misslang die Sendung gründlich. Anstatt von Grund auf kritische Stimmen einfließen zu lassen, die – wie wir – die masslose Aufrüstung ohne nüchterne Betrachtung der Bedrohungslage in Frage stellen, lieferte Lipp dem Armeechef eine Steilvorlage nach der anderen oder er liess Behauptungen einfach unwidersprochen im Raum stehen. Etwa als es um die Mär ging, der Zivildienst sei Schuld am nicht-existenten (Anm. der Redaktion) Unterbestand der Armee. Noch besser: Süssli warf die These in den Raum,

Sexismus gegenüber Frauen in der Armee würde verschwinden, sobald mehr Frauen den Dienst antreten. Nach dem Motto: Je mehr Frauen, desto weniger trauen sich Männer, sexistisch zu sein. Anstatt zu hinterfragen, wieso Männer (in unserer Gesellschaft) sexistisch sind und wieso das Konstrukt Armee den Sexismus fördert. Auch bei dieser hanebüchenen Behauptung sah Lipp keinen Anlass, zu intervenieren. Kurz: Eine Sendung zum Vergessen, die aber ein nicht zu unterschätzendes Ausmass auf das Publikum hatte. Um dies zu thematisieren, haben wir bei SRF eine Beschwerde eingereicht. On verra.

SEKRETARIAT

Auf Wiedersehen Jonas, willkommen Marco!

Mit dem Anbruch der kalten Jahreshälfte veränderte sich die Zusammensetzung unseres Berner Sekretariats. So verabschiedeten wir unser langjähriges Seki-Mitglied Jonas Heeb und durften Marco Piffaretti im Team begrüssen. FABIO BRIANTE

Mit unablässiger Tatkraft engagierte sich Jonas Heeb während seinen mehr als drei Jahren bei der GSoA für eine pazifistische Politik. Unermüdlich trat er gegen den bürgerlichen Aufrüstungswahn an und verschaffte in fundierten Artikeln und an öffentlichen Veranstaltungen der antimilitaristischen und friedensorientierten Stimme Gehör. Dabei wusste er nicht nur sein kompetentes Auftreten, sein politisches Know-



Jonas Heeb



Marco Piffaretti

how oder sein historisches Wissen geschickt einzusetzen, sondern bereicherte uns alle mit seiner offenen, hilfsbereiten und herzensguten Art. Aufgrund seines Masterstudiums musste Jonas sein Engagement als politischer Sekretär der GSoA beenden. Wir wünschen ihm für seine Zukunft nur das Beste und danken ihm von ganzem Herzen für seinen ausserordentlichen Einsatz.

Seit Anfang Oktober verstärkt Marco Piffaretti unser Team. Wir freuen uns sehr, künftig von den wertvollen Erfahrungen unseres neuen

Gesichts im Seki Bern profitieren zu dürfen. Marco arbeitete zuletzt als Digital Campaigner bei Greenpeace Schweiz, studierte European Global Studies mit Schwerpunkt auf Menschenrechtsthemen und ist hauptverantwortlich für die Kampagne rund um das Einwohner*innenstimmrecht in Basel. Sei es in der Leitung und Umsetzung politischer Kampagnen und Projekten im digitalen Raum, in der Mobilisierung von Unterstützer*innen, oder in der Stärkung des investigativen Journalismus – Marcos Rucksack ist vollgepackt mit interessanten Fähigkeiten und wertvollem Wissen.

Wir schätzen uns glücklich über unser neues Teammitglied und begrüssen Marco nun ganz offiziell und herzlich in der GSoA.

GREGOR,
das glückliche Gewehr

**Bestelltalon GSoA-Material**

Anzahl	Bezeichnung	Frau/Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
	Peace-Button			Fr. 1.–	
	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL		Fr. 28.–
	Pullover «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL		Fr. 35.–
	T-Shirt «Gregor»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL		Fr. 28.–
	«Gregor»-Feuerzeug				Fr. 2.–
	GSoA-Sackmesser				Fr. 25.–
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE <input type="checkbox"/> Shalom-Salaam			Fr. 12.–
	Stickers				kostenlos
	Sticker Antimilitaristisches Manifest		10 Stck.		Fr. 2.–
	Jasskarten	<input type="checkbox"/> de Set <input type="checkbox"/> fr Set			Fr. 5.–
	Jubiläums-T-Shirts 40-Jahre GSoA:				
	Stop the Army	unisex	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL		Fr. 20.–
	Defend Earth, End War	unisex	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL		Fr. 20.–
	Defund Military, Cultivate Peace	unisex	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL		Fr. 20.–
	Versandkostenanteil				Fr. 5.–
	Ich werde GSoA-Mitglied	<input type="checkbox"/> Verdienende Fr. 100.–	<input type="checkbox"/> Nichtverdienende Fr. 50.–		
	Spende	<input type="checkbox"/> Fr. _____	<input type="checkbox"/> Fr. 50.– <input type="checkbox"/> Fr. 20.– <input type="checkbox"/> Fr. 10.–		
	Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich	<input type="checkbox"/>			
	Rechnungsbetrag				

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bestellung: GSSA, CP 151, 1211 Genève 8, www.gsoa.ch/shop